

KOMMUNEN IN DER GLOBALISIERUNG

Kapitelredakteurin: Kirsten Witte

Die Globalisierung hat wichtige Auswirkungen auch auf die kommunale Ebene. Bürger und Unternehmen werden weltoffener und mobiler. Völkerverständigung wächst zuerst zwischen Menschen, nicht zwischen Staatsgebilden. Kommunen vernetzen sich über nationale Grenzen hinweg. Zudem hat insbesondere die Europäische Rechtsetzung massive Auswirkungen auf Möglichkeiten und Grenzen kommunalen Handelns. Daher müssen sich Kommunen der Internationalisierung aktiv stellen.

Gelebte Willkommens- und Anerkennungsgesellschaft

1. In den Kommunen zeigt es sich am deutlichsten: Deutschland ist längst ein Einwanderungsland. Kommunen, Bürger und Zivilgesellschaft sind gefordert, die bereits bestehende Vielfalt zu gestalten und Neueinwanderern ein neues Zuhause zu bieten. Eine gelebte **Willkommens- und Anerkennungskultur** vor Ort, von Mensch zu Mensch muss auf gleichberechtigte Teilhabe zielen. Sie ist eine unabdingbare Voraussetzung für die lebendige europäische Idee. Migranten sind nicht nur ein wichtiger Wirtschaftsfaktor in Deutschland, sie sind vor allem unsere Mitbürger. Europa hat nur als Europa aller Bürger eine Zukunft.
2. Das bedeutet aber auch: In den Kommunen müssen Migranten eine Stimme haben. **Kommunalpolitik und Verwaltung müssen sich für Migranten öffnen.** Ihrem Anteil an der Bevölkerung entsprechend sollten Migranten auch in Räten und Verwaltungen vertreten sein. Nur so kann sich eine echte interkulturelle Öffnung in Kommunen entwickeln.
3. Kommunen sind mit dem Kommunalwahlrecht für EU-Ausländer innovativ vorangegangen. Sie haben damit gute Erfahrungen gemacht. Ein kommunales **Wahlrecht für Nicht-EU-Ausländer** wäre ein weiterer, konsequenter Schritt für mehr Demokratie und politische Partizipation auf lokaler Ebene.
4. Die **Freizügigkeit innerhalb der Europäischen Union ist ein hohes Gut**, das den EU-Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht, in jedem EU-Land leben und arbeiten zu können.

Diese Mobilität ist eine wertvolle Errungenschaft und darf nicht durch die Debatte über vermeintliche „Armutzuwanderung“ aus Südosteuropa oder durch rechtspopulistische Parolen aufs Spiel gesetzt werden. Kommunen, in denen durch eine hohe Konzentration von Einwanderern auf engem Raum soziale Brennpunkte entstehen, müssen fachlich und finanziell befähigt werden, diese Herausforderung konstruktiv anzugehen. Hier sollte insbesondere auch die EU Hilfestellung geben.

Kommunen als Motor einer neuen europäischen Identität

5. Kommunen müssen den internationalen Austausch der Bürger fördern und zivilgesellschaftliches Engagement unterstützen. Schul- und Städtepartnerschaften sind der Grundstein eines Europas der Bürger. „**Städtepartnerschaften der Neuen Generation**“ sollten gezielt Doppelnutzen bringen: Sie sollen so angelegt sein, dass sie
- **die Teilhabe in der Kommune stärken.** Migranten können in Städtepartnerschaften zu ihren Herkunftsländern die eigenen Kompetenzen gezielt einbringen und für die Kommunen nutzbar machen.
 - **gegenseitiges Lernen fördern** und damit im Idealfall auch zum konkreten Instrument werden, Demokratie und interkulturelle Verständigung zu lernen und zu exportieren. Die Kommune wird damit zum selbstbewussten und wichtigen Akteur nicht nur für das Zusammenwachsen Europas, sondern auch für das Wachsen einer gelebten Demokratiekultur außerhalb der EU.

Kommunen in Europa Gehör verschaffen

70 bis 80 Prozent der in der Europäischen Union beschlossenen Regelungen haben einen direkten kommunalen Bezug. Dabei geht die kommunale Betroffenheit quer durch alle Politikbereiche. Bisher haben die Kommunen jedoch keine Möglichkeit, europäische Rechtsetzung aktiv mitzugestalten.

6. Kommunen brauchen daher die aktive Unterstützung der politischen Gremien in Bund und Ländern. Die **Rolle der Kommunen im Europäischen Ausschuss der Regionen muss daher gestärkt werden**. Wer Recht umsetzt, muss auch im Prozess der Rechtsetzung eine Stimme haben.
7. Kommunen sollten darüber hinaus ihre politischen Handlungsspielräume wahrnehmen. Sie **müssen darüber hinaus ihre Netzwerkkompetenz nutzen, um ihren Anliegen auf supranationaler Ebene mehr Gehör zu verschaffen**.
8. Subsidiarität und Konnexität sind wichtige Grundsätze nicht nur einer funktionierenden Staatsverfassung, sondern auch einer zukunftsfähigen europäischen Verfassung. Die kommunale Daseinsvorsorge muss als konstituierendes Element der kommunalen Selbstverwaltung akzeptiert werden. **Die Europäische Charta der kommunalen Selbstverwaltung** legt Grundsätze fest, die die politische, verwaltungsmäßige und finanzielle Selbstständigkeit der Kommunen sichern sollen. Deutschland und die EU müssen sich diesen Grundätzen verpflichtet fühlen und die Charta **rechtlich verbindlich umsetzen**.
9. **Auch die europäischen Förderpolitiken (ESF, EFRE, Agrarförderung ...) müssen subsidiären Prinzipien entsprechen**. Die Fördermittelpolitiken sollten daher auf ihre Anreizwirkung hin untersucht werden. Kommunen sind häufig gezwungen, lokale Projekte globalen Antragslogiken unterzuordnen, wodurch sie an Zielgenauigkeit und Wirksamkeit einbüßen. Darüber hinaus muss der bürokratische Aufwand der Abwicklung in einem sinnvollen Verhältnis zum Ertrag stehen.

Kommunen müssen für die Globalisierung gerüstet sein. Daher müssen zum einen selbst ein weltoffener, vernetzter Lebensraum für verschiedenste Nationalitäten sein. Zum anderen bedeutet dies aber auch, dass ihre Interessen und ihre Kompetenz in der internationalen Politik, insbesondere in der europäischen Rechtsetzung, verstärkt berücksichtigt werden müssen.